

30 Jahre Deutsche Einheit – ein Grund zum Feiern!

Auf Grund der aktuellen Lage drohte ein ganz besonderes Jubiläum unterzugehen. Am 3. Oktober jährte sich die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zum dreißigsten Mal. Vorangegangen war diesem historischen Ereignis die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR von 1989/1990. Die übergroße Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR wollten nicht länger in Unfreiheit leben. Sie wollten Freiheit genießen und brachten das DDR-Unrechtsregime zu Fall. Eine unglaubliche Leistung, die viel Mut erforderte. Niemand wusste, ob diese Revolution friedlich bleiben oder einen blutigen Verlauf, wie in anderen Ländern, nehmen würde.

Auf der anderen Seite des antifaschistischen Schutzwalls, so die offizielle Bezeichnung der Mauer und des gnadenlosen Grenzregimes, welches die eigenen Bürger einsperrte, eine CDU, die die Idee der Wiedervereinigung nie aufgegeben hat. Während andere Parteien die deutsche Teilung für sich akzeptiert hatten, war dies bei der CDU und CSU nie der Fall. Der damalige Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl erkannte die Zeichen der Zeit und mit seinen Initiativen, wie dem bekannten



Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989, gab er immer wieder Impulse auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Neue Dynamik bekam der Prozess als die Allianz für Deutschland, mit der CDU in der Führungsrolle, die letzten und einzigen freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 für sich entscheiden konnte. Es gab so viele wichtige Meilensteine bis zum 3. Oktober 1990. Genannt seien hier nur die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die zum 1. Juli 1990 in Kraft trat. Oder der Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen der BRD und der DDR auf der einen Seite und Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion auf der anderen Seite, der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde. Nicht zuletzt der Einigungsvertrag, der am 31. August 1990 unterzeichnet wurde.

Viele Menschen starteten mit großer Hoffnung in das neue Leben nach der Wiedervereinigung. Bei sehr vielen wurde diese auch erfüllt. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass viele enttäuscht wurden. Vermeintliche Sicherheiten und Beziehungsnetzwerke fielen weg.

Angekommen in der Realität, waren viele Unternehmen nicht mehr überlebensfähig.

weiter auf Seite 4

Grafik: Grünes Band Deutschland

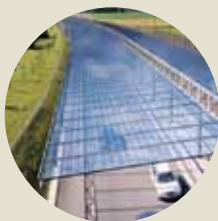
Aus dem Inhalt



Michael Hoffmann:
Verdichten,
Entschleunigen,
bessere ...

Im Interview

Seite 2



Solarzellen über
dem Magdeburger
Ring?

Seite 9



DigitalPakt
Schule ebnet Weg
in neues Zeitalter

Seite 12



Hinhör-Tour mit Holger
Stahlknecht

Seite 12



Zukünftige Pflegefachkräfte im
Rathaus begrüßt

Seite 14

Verdichten, Entschleunigen und bessere Aufenthaltsqualität



Michael Hoffmann, Vorsitzender des Stadtrates Magdeburg, zeigt sich auch nach 30 Jahren Kommunalpolitik voller Tatendrang und frischer Ideen. Im Interview mit Wilfried Köhler kritisiert er die vertane Chance, mit einem längeren Tunnel ein neues, verkehrsberuhigtes Stadtzentrum aufzubauen und die breiten Aufmarschwege hinter sich zu lassen.

Fotos: Birgit Uebe

Elbkurier: Herr Hoffmann, Sie sind seit mehr als 30 Jahren in verschiedenen Funktionen in der Kommunal- und Landespolitik tätig. Wie sehen Sie diese lange Zeit im Rückblick?

Hoffmann: Vor 30 Jahren waren wir uns einig, gemeinsam etwas zu bewegen und pragmatische Lösungen für die Menschen zu suchen. Aber Stück für Stück ist immer mehr Ideologie aus Berlin in die Kommunalpolitik gekommen. Aber die große Politik hat hier auf der kommunalen Ebene für mich nichts zu suchen.

Elbkurier: Aber Sie brauchen auch im Stadtrat Mehrheiten, wenn Sie etwas bewegen wollen!

Hoffmann: Ja sicher. Der Stadtrat ist das Abbild der Gesellschaft. Als Demokrat muss ich den Mehrheitswillen akzeptieren, auch wenn ich für eine andere Lösung gestritten habe. Ich wollte den Tunnel am Bahnhof größer und verlängert bis unter den Breiten Weg. Damit hätten wir die Chance auf ein neues Stadtzentrum gehabt. Finanziert durch eine City-Maut. Aber ich muss diese Entscheidung der Mehrheit akzeptieren, auch wenn ich sie für falsch halte.

// Der Tunnel ist für mich ein Spielzeugtunnel!

Elbkurier: Die Verlängerung des Tunnels lässt sich vielleicht ein anderes Mal durchsetzen?!

Hoffmann: Das muss man sehen. Aber den jetzigen Tunnel braucht niemand, weil er keine verkehrlichen Probleme löst. Der

Tunnel ist ein Spielzeugtunnel für mich! Was wir brauchen sind aber echte Lösungen, wie ich sie in Freiburg und Essen gesehen habe, wo der Verkehr aus dem sensiblen Bereich der Innenstädte verschwunden ist.

Elbkurier: In unseren Parlamenten finden sich immer mehr Fraktionen. Wie lassen sich unter diesen Bedingungen Mehrheiten finden?

Hoffmann: Wir haben heute häufig knappe Mehrheiten im Stadtrat. Nicht wenige Stadträte sind kaum kompromissfähig und -willig. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwerer, vernünftige Kompromisse zu erreichen. In gewisser Weise sehe ich darin eine Spaltung der Gesellschaft.

// Wir können die Probleme der Welt nicht hier bei uns lösen.

Elbkurier: Woran machen Sie das fest?

Hoffmann: Schauen Sie sich die USA, Russland oder die Türkei an. Diese Länder sind noch viel stärker gespalten als wir hier in Deutschland. Aber ich erlebe die gleichen Tendenzen bei uns. Und das macht mir schon Sorgen!

Elbkurier: Woher kommt diese gesellschaftliche Spaltung?

Hoffmann: Diese Frage lässt sich sicher nicht leicht beantworten. Aber ein Aspekt ist der Umgang mit den Flüchtlingen. Wir können die Probleme der Welt nicht hier bei uns lösen. Aber wir sollten möglichst viel vor Ort helfen. Wir sollten Hilfe zur Selbsthilfe leisten und vor allem für eine

gesicherte Nahrungsgrundlage, für Strom und zeitgemäße Infrastruktur sorgen.

Elbkurier: Das klingt nach einem langfristigen und steinigen Weg?!

Hoffmann: Ja natürlich sind Kriege, Bürgerkriege und die Egoismen der örtlichen Eliten und teils unter demokratischen Mantel agierende Diktatoren ein großes Hindernis. Aber es gibt auch ermutigende Erfahrungen. Dass zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten ganz aktuell ein Friedensprozess in Gang gekommen ist, hätte ich vor einigen Monaten noch nicht für möglich gehalten. Das macht mir Hoffnung. Völkerverständigung ist für mich ein großes Anliegen! Besonders wichtig ist mir die deutsch-israelische Verständigung. Deshalb will ich unbedingt eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt erreichen und die neue Synagoge in Magdeburg gehört auch in diesen Kontext. Israel hat ein erhebliches wissenschaftliches und wirtschaftliches Potenzial, das hier ebenfalls angesprochen werden kann.

Elbkurier: Sind Städtepartnerschaften nicht oft blutleere Gebilde und von geringer Wirkung?

Hoffmann: Zunächst geht es auch um die symbolische Wirkung einer Partnerschaft. Frieden fängt auch im Kleinen an. Und ob eine Partnerschaft lebt oder nicht, hängt oft an Wenigen oder gar an einer Person. Die Partnerschaft mit Le Havre lebte lange Zeit durch das Engagement des dortigen Oberbürgermeisters und einige Engagierte in Magdeburg. Wir dürfen diese Städtepartnerschaften nicht überfrachten und uns etwa in innenpolitische Angelegen-

heiten einmischen, wie es kürzlich einige Stadträte zu einer Thematik in Radom/Polen machten. Die Corona-Pandemie erschwert natürlich zurzeit lebendige Städtepartnerschaften.

Elbkurier: Stichwort Corona. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Hoffmann: Wir haben in Magdeburg niedrige Infektionszahlen und das soll auch so bleiben. Ich unterstütze den Oberbürgermeister genauso wie den Ministerpräsidenten in ihrer Corona-Politik mit Augenmaß. Wir werden mit dem Virus wohl noch eine Weile leben müssen, bis ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht.

Elbkurier: Der Einzelhandel und die Gastronomie leiden besonders, was mittelfristig zu einer Verödung der Innenstadt beitragen könnte.

Hoffmann: Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, in diesem Jahr auf die Miete für die Außengastronomie zu verzichten bzw. die eingezogene Miete zurückzuerstatten.

Elbkurier: Das ist aber nur ein kleines Signal. Wie könnte ein breiteres Konzept zur Stärkung der Innenstadt aussehen?

Hoffmann: Meine Überschrift dazu heißt „Flanieren und Einkaufen“. Und konkret nenne ich dazu drei Punkte: Verdichten, Entschleunigung und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

// In den Verweilbereichen muss der Verkehr reduziert werden!

Elbkurier: Das müssen Sie erläutern!

Hoffmann: Magdeburgs Innenstadt ist unter den Kommunisten zum Aufmarschgebiet ausgebaut worden. Diese breiten Alleen laden nicht zum Verweilen und Wohlfühlen ein. Wir müssen dort weiter deutlich verdichten. In den Verweilbereichen muss der Verkehr reduziert und das fahrbare Tempo verringert werden. Eltern müssen ihre Kinder ohne ständige Angst um Leben und Gesundheit rennen lassen können. Auch in den Geschäftsstraßen wird zu viel gerast. Lärm und Abgase müssen reduziert werden! Mir ist klar, dass diese Thematik auch in unserer Ratsfraktion umfassend diskutiert werden muss. Und schließlich die hochwertige und barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums in der Innenstadt.

Elbkurier: Wo möchte Sie da ansetzen?

Hoffmann: Zum Beispiel hätte der Domplatz barrierefrei gestaltet werden müssen, schließlich sind 30 % der Magdeburger schon jetzt älter als 65 Jahre. Tendenz steigend! Das gleiche gilt für die Straßenbahnhaltestellen. Aber wir brauchen auch geeignete Sitzmöbel, gute Beleuchtung



und Sauberkeit in der Innenstadt. Ich bin sehr für einen Stadtordnungsdienst, der gemeinsam mit je einem Polizisten eine Doppelfußstreife 24 h/365 Tage in der Innenstadt und in den besonders relevanten Stadtteilen durchführt. Entsprechende Präsenz schafft Sicherheit für die Bürgerschaft. Und wir brauchen mehr Stadtgrün! Ich plädiere sehr für mobile Bäume, aber auch für zusätzliche Bäume und Sträucher. In den westlichen Stadtteilen sollte in den Parks noch mehr Grün geschaffen werden.

// Händler können durch persönliche Beratung und Service punkten.

Elbkurier: Was müsste der Handel tun, um dem schnell wachsenden Internethandel zu begegnen?

Hoffmann: Auch der traditionelle Handel muss sich auf den Internethandel einstellen. Meine Erfahrung aus Sudenburg ist, dass die Händler durch persönliche Beratung und Service punkten können. Wir haben in der Halberstädter Straße gute Voraussetzungen, obwohl die Kundenfrequenz aktuell auch gelitten hat. Solange persönliche Angst und das Tragen von Masken in den Geschäften vorherrscht, wird dies ein Problem bleiben. Vielleicht spielen in diesem Herbst die Heizstrahler

wieder eine größere Rolle, um die Sitzplätze im Freien länger nutzen zu können.

Elbkurier: Überhaupt – wie bekommen wir die Wirtschaft in Magdeburg durch die Krise?

Hoffmann: Die Logistik in Rothensee läuft sehr gut. Alle verfügbaren Flächen sind verkauft. Um die Leistungsträger, also Absolventen der Hochschulen, in der Stadt zu halten bzw. herzulocken, plant die Stadt gemeinsam mit der Wobau ein „International House“ in enger Zusammenarbeit mit der Universität und der Fachhochschule. Das ist ein sehr interessanter Ansatz, weil wir vor allem gut bezahlte Arbeitsplätze anstreben, die letztlich Wohlstand und Steuern bringen.

Elbkurier: Wie sehen Sie die Bewerbung Magdeburgs als Kulturhauptstadt Europas?

Hoffmann: Diese Bewerbung hat meine volle Unterstützung! Ich glaube, dass das Team MD2025 einen guten Job macht und wir durchaus Chancen haben. Unabhängig davon, ob wir als Sieger aus diesem Wettbewerb hervorgehen oder nicht. Mit der Bewerbung wurden zahlreiche Projekte initiiert, die wir in jedem Fall voranbringen sollten. Daran sollten wir in den nächsten Jahren konsequent arbeiten.

Elbkurier: Herr Hoffmann, vielen Dank für dieses Gespräch.

Wilfried Köhler

Forts. Seite 1: 30 Jahre Deutsche Einheit – ein Grund zum Feiern!

Teilweise brachen Märkte komplett weg und es gab auch Fälle von Wirtschaftskriminalität. Es gibt wohl kaum jemanden, der mit dem Thema Arbeitslosigkeit in seinem Familien- und Freundeskreis nicht betroffen war.

Gleichzeitig mussten staatliche Strukturen neu aufgebaut werden, gerade auf der Ebene der Kommunen. Das wahre Ausmaß der Umweltschäden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde deutlich. Nachdem die Euphorie der Wiedervereinigung verflogen war, wurde deutlich, vor welcher Mammutaufgabe unser geeintes Deutschland und seine Menschen standen. Viele machten sich auf den Weg, um woanders ihr Auskommen zu finden. Andere starteten „ihr“ Projekt hier vor Ort. Dazu gehörten auch viele aus den „alten“ Bundesländern, so wie der Chefredakteur des Elbkuriers Wilfried Köhler, der hier mit seiner Familie eine neue Heimat fand.

Es ist sicher nicht alles gelungen, aber wenn man die Aufbauleistung betrachtet, kann man nur stolz darauf sein. Die Menschen in unserem Land haben mit eigener Leistung, mit Kreativität und dem Mut Neues zu wagen vieles positiv verändert oder geschaffen. Vielfältige Unterstützung und unterschiedlichste Förderprogramme haben sie dabei unterstützt. Und wer daran zweifelt, dass wir tatsächlich blühende Landschaften haben, dem sei ein Spaziergang durch den Elbauenpark, dem Gelände der Bundesgartenschau von 1999, empfoh-

len. Aus einem verseuchten Militärgelände wurde ein Ort der Erholung und der Natur.

Wir sind ein lebendiger Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsstandort. Aber es gibt immer noch Defizite, wie sie auch im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020 benannt werden. Dazu gehört, dass die Menschen in den „neuen“ Bundesländern im Durchschnitt weniger verdienen als der Bundesdurchschnitt und gleichzeitig die Armutsrisiken deutlich stärker vorhanden sind. Solche Unterschiede gibt es aber genauso zwischen zum Beispiel Bremen und Bayern. Das ändert aber nichts an der politischen Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Unterschiede immer kleiner werden. Auch ist es noch ein langer Weg, bis wir die „Mauer“ in den Köpfen endgültig überwunden haben. Wir können stolz auf unser Sachsen-Anhalt sein. Eine aktuelle Umfrage der CDU-Landtagsfraktion ergab, dass 85 Pro-

zent der Menschen in unserem Land gerne hier leben. Eine Steigerung um 10 Prozent gegenüber 2010. Und sie haben allen Grund dazu.

Zu einer ehrlichen Bilanz drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung gehört es genauso, die bestehenden Probleme zu benennen, aber auch die erzielten Erfolge zu würdigen.

An dieser Stelle auch ein Gruß und ein Dank an unsere Braunschweiger Unionsfreunde, die uns immer wieder als CDU Magdeburg unterstützt haben und denen wir freundschaftlich verbunden sind.

Schlussendlich bin ich sehr dankbar, dass meine Kinder die deutsche Teilung nur aus ihren Geschichtsbüchern und von der Besichtigung historischer Gedenkstätten kennenlernen werden. Für uns als Magdeburger CDU kann ich eines ganz klar sagen, für uns sind 30 Jahre Wiedervereinigung ein Grund zum Feiern!

Tobias Krull



Grenzdenkmal Hötensleben

Das Grenzdenkmal erinnert an die Zeit der deutschen Teilung, es umfasst ein original erhaltenes Teilstück der Grenzanlagen der DDR in Hötensleben und gehört zum Europäischen Kulturerbe.

Tobias Krull mit großer Mehrheit für den Landtag nominiert

Bei der Nominierungsveranstaltung zur Aufstellung des CDU-Direktkandidaten im Landtagswahlkreis 11 am 9. September, die mit dem Theater in der Grünen Zitadelle in sehr atmosphärischem Ambiente stattfand, setzte sich der bisherige Inhaber des Direktmandates und Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Magdeburg, Tobias Krull MdL, mit überzeugenden 87 % gegen seinen Mitbewerber Christoph Albrecht durch. Auf den Abgeordneten entfielen dabei 40 Stimmen der anwesenden Mitglieder der beiden CDU-Ortsverbände Magdeburg Mitte und Ostelbien.

Der gebürtige Magdeburger Tobias Krull (43) wurde 2016 erstmalig in den Landtag gewählt. Er ist dort unter anderem Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration sowie im Ausschuss für Inneres und Sport. Der gelernte Verwaltungsfachwirt war davor zuletzt als Geschäftsführer der damaligen Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg tätig. Nach seiner Nominierung erklärte

Tobias Krull: „Ich bin dankbar für das klare Votum zur Fortsetzung meiner politischen Arbeit im Landtag. Auch zukünftig will ich

Ansprechpartner für die Bürger vor Ort sein. Jetzt gilt es, geschlossen in den Wahlkampf zu gehen.“
Redaktion



Andreas Schumann tritt wieder zur Landtagswahl 2021 an

Bei der Nominierung als CDU-Direktkandidat im Landtagswahlkreis 13 Magdeburg-Süd für die Wahl im Jahr 2021 war der bisherige Inhaber des Direktmandates Andreas Schumann MdL mit einem überzeugenden Votum von über 90 % der Stimmen erfolgreich.

Unter der souveränen Sitzungsleitung von Stefan Hörold als Vorsitzender des Ortsverbandes Magdeburg-Süd lief die Veranstaltung mit 33 stimmberechtigten Mitgliedern sowie einigen Gästen im Magdeburger Gründungs- und Technologietransfer Zentrum Handwerk mbh (GTZH) reibungslos ab.

In seiner Vorstellungsrede ging An-

dreas Schumann, der keinen Gegenkandidaten hatte, auf seine Erfahrungen als Landtagsabgeordneter in der laufenden Legislatur mit Koalitionspartnern und Opposition ein. Einen besonderen Stellenwert hatte in seinen Ausführungen der Ausblick auf die kommende Wahlperiode, die vor dem Hintergrund der Corona-Folgen besonders anspruchsvoll werden wird. Darüber hinaus schilderte er seine Mitarbeit unter anderem im Petitionsausschuss und sein Engagement in kulturellen Organisationen, insbesondere dem Domglocken Magdeburg e.V.

Der kommende Wahlkampf wird laut Andreas Schumann sowohl von der Ab-

grenzung zur AfD als auch zu rot-rot-grünen Planspielen geprägt sein. Eine Regierungsbildung ohne die CDU als stärkste Kraft darf es nicht geben. Hierfür werden sich Andreas Schumann und sein bereits gebildetes Wahlkampfteam in einem fairen, harten und konstruktiven Wahlkampf einsetzen.

Der Wahlkreis 13 umfasst die Bereiche Beyendorfer Grund, Beyendorf-Sohlen, Buckau, Fermersleben, Hopfengarten, Leipziger Straße, Lemsdorf, Ottersleben, Reform, Salbke und Westerhüsen. Der Orchestermusiker und Musikpädagoge Andreas Schumann gehört dem Landtag seit 2016 an.
Redaktion



Im Bild von links: Wigbert Schwenke, Anne-Marie Keding, Andreas Schumann, Tino Sorge und Stefan Hörold.

Foto: Michael Otto



Schulbeginn in Magdeburg

Ende August begann für 25.393 Schülerinnen und Schüler in der Landeshauptstadt der Unterricht nach den Sommerferien. Auch die Einschulung für die neuen Erstklässler konnte stattfinden. „Glücklicherweise mussten die Abc-Schützen dank des überschaubaren Infektionsgeschehens nicht auf ihre Einschulungsfeier verzichten“, so der Magdeburger Bundestagsabgeordnete Tino Sorge. „Wir müssen jetzt alles daran setzen, den Schulalltag in unserem Land im Regelbetrieb langfristig zu sichern. Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und Eltern brauchen eine sichere Perspektive für dieses Schuljahr – auch und gerade in Zeiten von Corona. Wir wollen zurück zur Normalität.“

Erfreulicherweise erlauben es die niedrigen Infektionszahlen in Sachsen-Anhalt, den regulären Schulbetrieb wieder aufzu-

nehmen. So können die Kollateralschäden für die Bildungslandschaft abgemildert und Bildungsdefizite verhindert werden.

Sorge setzt sich auch für ein starkes digitales Rückgrat an den Schulen ein. „Unsere Schulen brauchen Strukturen, die auch Unterricht mit Abstand erlauben: Konferenz-Software, schnelles Internet, Endgeräte für Schüler und Lehrer. Für solche Zwecke haben wir im Bundestag das Grundgesetz geändert und den Digitalpakt Schule mit 5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln geschaffen“ – davon seien allein 12,9 Millionen Euro für Magdeburg vorgesehen.

Tino Sorge mit dem Foto vom Tag seiner Einschulung. Foto: privat



Corona-Hilfen für den Mittelstand wirken

KfW-Corona-Hilfe
Investitionsförderung und Liquiditätshilfe für Unternehmen zur Bewältigung des laufenden Betriebes, Überbrückung finanzieller Liquiditätsengpässe aufgrund von Umsatzrückgängen, Schließungen oder Lieferengpässen

2. KfW-Corona-Hilfe: die Zugänge in Ihrem Wahlkreis
Zusätzliche Unternehmen in Ihrem Wahlkreis konnten im Rahmen der KfW-Corona-Hilfe unterstützt werden. Für Ihren Wahlkreis bedeutet das konkret:

	Anzahl	EUR
KfW-Gründerschnitt (Universal)	-	284.000
KfW-Gründerschnitt (Universal KfW)	-	10.479.000
KfW-Schuldenschnitt 2020	34	23.951.390
KfW-Liquiditätshilfe	58	23.951.390
Gesamt (Stand: 30.06.2020)		56.665.780

Im Rahmen der Corona-Hilfsprogramme des Bundes konnten seit Ausbruch der Pandemie dutzende Unternehmen aus Magdeburg, Schönebeck, Barby, Calbe und der Gemeinde Bördeland mit Krediten der KfW unterstützt werden. Wie der Wahlkreisabgeordnete Tino Sorge mitteilte, sind schon gut 34 Millionen Euro an Krediten in die Region geflossen.

„Das bedeutet für zahlreiche Unternehmen lebenswichtige Liquidität zu guten Konditionen, um in Krisenzeiten Existenzen zu sichern“, so Sorge. Als MIT-Vorsitzender und Wahlkreisabgeordneter setze er sich weiter dafür ein, dass die Wirtschaft in dieser fordernden Zeit passgenaue Hilfen erhält, „damit wir diese Krise so gut wie möglich durchstehen und Arbeitsplätze vor Ort erhalten.“

75 Jahre Volkssolidarität: 75 Jahre soziales Engagement



Podiumsdiskussion mit Michael Bremer, Tino Sorge und Tave Schur (v.l.n.r.)

In diesem Jahr feiert die Volkssolidarität ihr 75. Jubiläum als Sozialverband. Aus diesem Anlass fand kürzlich – angesichts von Covid-19 mit Abstand – eine Podiumsdiskussion mit Vernissage in der Magdeburger Stadtbibliothek statt, an der auch Tino Sorge teilnahm. Gemeinsam mit dem Vorstand des Verbandes, Michael Bremer, und dem früheren Profi-Radsportler Tave Schur ließ er die Geschichte der Volkssolidarität Revue passieren: von der Gründung in den harten Nachkriegsjahren bis heute.

200-Millionen-Hilfsprogramm für Sportvereine

Viele Vereine sind durch die Corona-Pandemie unverschuldet in eine wirtschaftliche Notsituation geraten. Abgesehen von den „Geisterspielen“ der 1. und 2. Fußball-Bundesliga stand der sportliche Betrieb, beispielsweise beim Handball oder Wasserball, lange still. Mangels Ticketeinnahmen und ohne Überbrückungshilfen waren zahlreiche Vereine in ihrer Existenz bedroht. „Darum bin ich froh, dass wir Sportvereine mit Liquiditätshilfen in Form gezielter Zuschüsse vor Insolvenzen bewahren können“, so Tino Sorge.

Über ein Hilfsprogramm, das im Juli im Bundestag beschlossen worden ist, fließen Zuschüsse an die betroffenen Vereine. Sie müssen nicht zurückgezahlt werden. Die Höhe ist auf höchstens 80 Prozent der Ticket-Einnahmen und maximal 800.000 Euro pro Verein begrenzt. Sorge hatte im Bundestag mehrfach für ein solches Hilfsprogramm geworben, das den Sportvereinen unter die Arme greift.

Mit diesem Hilfsprogramm wird nicht nur der Profi-, sondern auch der Breitensport unterstützt. Häufig wird von einer höchstklassig spielenden Mannschaft ein großer Breiten- und Jugendsportbereich mitfinanziert. „Wird also der Profi-Sport gestützt, hilft das auch den anderen Sparten des Vereins“, so Sorge.

Tino Sorge MdB erneut für Bundestag nominiert Delegiertenwahlen für das Superwahljahr 2021

CDU-Mitglieder aus Magdeburg sowie aus Teilen des Salzlandkreises kamen am Samstag, den 12. September, im Michel Hotel Magdeburg zusammen, um ihren Kandidaten für die Bundestagswahl im kommenden Jahr für den Bundestagswahlkreis 69 zu bestimmen. Dieser umfasst die kreisfreie Stadt Magdeburg sowie vom Salzlandkreis die Gemeinden Barby, Schönebeck (Elbe), Calbe (Saale) und Börde. Einziger Kandidat war der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete Tino Sorge (45). Bei der Wahl erhielt er 87,5 Prozent Zustimmung und wird damit erneut für die CDU bei der Bundestagswahl in diesem Wahlkreis antreten. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und errang bereits zweimal das Direktmandat. Im Bundestag liegt sein Schwerpunkt vor allem im Bereich der Gesundheitspolitik. Berufliche Stationen vor seinem Einzug in den Bundestag waren unter anderem eine Wirtschaftskanzlei, die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und die Landesverwaltung.



Neben Begrüßungsworten des CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull sprach auch der Generalsekretär der CDU Sachsen-Anhalt und Europaabgeordnete Sven Schulze ein Grußwort bei der Veranstaltung. Die Wahl selbst wurde vom Staatssekretär Dr. Klaus Klang geleitet.

Im Anschluss an die Nominierungsveranstaltung wählten die Mitglieder der

CDU Magdeburg noch ihre Delegierten für die Landesvertreterversammlungen zur Aufstellung der Landesliste für die Bundes- und Landtagswahl im kommenden Jahr. Das beste Ergebnis erhielt jeweils die stellv. CDU-Kreisvorsitzende und Ministerin für Justiz und Gleichstellung Anne-Marie Keding.

Redaktion

Zügig gehen, um nicht den Anschluss zu verpassen!

Die aktuelle Corona-Krise zeigt uns, dass die Welt pausiert und sich neu finden muss. Gerade in der heutigen Zeit muss die Digitalisierung mit großen Schritten vorangetrieben werden. In Krisenzeiten muss der Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und der Verwaltung vorhanden sein.

Wichtig ist, dass gerade auch in Krisenzeiten die Gespräche zu den Bürgern nicht reduziert werden dürfen. Wir als Politik und die Verwaltung müssen weiterhin die Sorgen und Nöte ernst nehmen, besser verstehen und Lösungsvorschläge aufzeigen. Deshalb brauchen wir auch neue Ideen zum Umgang mit der Krise. Die Bertelsmann Stiftung hatte vor kurzem die „Digitalen Bürgerdialoge für Kommunen“ entwickelt.

Die Ratsfraktion CDU/FDP hatte dies zum Anlass genommen, in der ersten Stadtratssitzung nach der Sommerpause folgenden Antrag im Stadtrat zu stellen: „Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob sich die Landeshauptstadt Magdeburg bei dem Projekt der Bertelsmann Stiftung ‚Digitaler Bürgerdialoge für Kommunen‘ bewirbt.“

Der digitale Bürgerdialog hat in der jetzigen Zeit zugenommen. Besonders Partei-

en, Vereine und Initiativen kommunizieren mehr und intensiver digital und nutzen bis dahin selten oder noch nie genutzte Formate. Davon kann die Arbeit der Stadträtinnen und Stadträte, der Verwaltung, der Vereine und Initiativen und das Engagement der GWA in den Stadtteilen profitieren.



So könnten zum Beispiel bis zu 75 Bürgerinnen und Bürger in einem Dialog über einen Zeitraum von ca. zwei Stunden zusammenkommen und gemeinsam diskutieren.

Die Bürgerbeteiligung kann aber

nur erfolgreich werden, wenn sie auch besteht. Die Einbindung von Menschen mit den unterschiedlichen Erfahrungen, Perspektiven und Meinungen muss vorausgesetzt werden. Zum Beispiel benötigen auch die Verwaltung, Fraktionen und Parteien eine feste Ansprechperson. So wie es aktuell den Mitgliederbeauftragten gibt, benötigen wir vielleicht in Zukunft den Digitalen Beauftragten.

Bei den digitalen Bürgerdialogen muss auch die technische Voraussetzung erfüllt sein. Dazu gehört u.a. eine stabile Internetverbindung, Laptop/Computer/Tablet (mit Kamera). Eine digitale Expertise in den Kommunen ist keine Voraussetzung für die Teilnahme. Die digitalen Bürgerdialoge finden auf der Plattform Zoom statt. Die Technik ist dort stabil, die Sicherheitsmaßnahmen sorgen für eine vertrauensvolle Umgebung und ein Wechsel zwischen verschiedenen Programmen ist nicht notwendig.

Wir als Ratsfraktion setzen uns dafür ein, dass unsere Verwaltung weiter digital vorangeht. Wir dürfen nicht stehen bleiben und müssen zügig gehen, um nicht den Anschluss zu verpassen.

Ratsfraktion CDU/FDP

Stehli soll Direktmandat im Magdeburger Norden gewinnen



Stadtrat Tim Rohne (Vorsitzender CDU-OV Nord), Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch, stellv. CDU-Kreisvorsitzende Anne-Marie Keding, Stephen Gerhard Stehli, CDU-Kreisvorsitzender Tobias Krull MdL und Bärbel Bühnemann (Vorsitzende Ortsverband Neustadt) (v.l.n.r.)

Foto: Doris Memmler

Wer für die CDU im Magdeburger Landtagswahlkreis 10 „Nord“ (Alte Neustadt, Barleber See, Gewerbegebiet Nord, Industriehafen, Kannenstieg, Neue Neustadt, Neustädter Feld, Neustädter See, Rothensee, Sülzgrund) bei der Landtagswahl 2021 antritt, entschieden die stimmberechtigten Mitglieder am 17. September.

Im zweiten Wahlgang erhielt der Voll-

jurist und Landesbeamte Stephen Gerhard Stehli (Jahrgang 1961) 71 Prozent der abgegebenen Stimmen und konnte sich damit gegen insgesamt fünf Mitwerber/innen durchsetzen. Der gebürtige New Yorker fand 1991 seine neue Heimat in der Landeshauptstadt. Er ist den Magdeburger Bürgern unter anderem als Vorsitzender des Fördervereins Dom zu Magdeburg e.V.



und als Regionalvorstand Magdeburg/Börde/Harz der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. bekannt. In seiner Vorstellungsrrede benannte er die Bereiche Kulturpolitik und Bildung als seine politischen Schwerpunkte. Vor allem geht es aber darum, seinen Wahlkreis und die Interessen der Bürger bestmöglich im Landtag zu vertreten.

Doris Memmler

Anne-Marie Keding als Direktkandidatin für den Landtag nominiert

Am 23. September waren die stimmberechtigten Mitglieder der CDU Ortsverbände Am Neustädter Feld, Diesdorf/Lindenweiler, Olvenstedt und Sudenburg/Friedenshöhe aufgefordert, ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten für den Landtagswahlkreis 12 Magdeburg West für die Landtagswahl im kommenden Jahr zu nominieren. Der Wahlkreis umfasst die Magdeburger Stadtteile Alt Olvenstedt, Diesdorf, Großer Silberberg, Neu Olvenstedt, Nordwest, Stadtfeld West sowie Sudenburg.

Bei der Versammlung in der Scala-Gemeinde Sudenburg, die vom Stadtratsvorsitzenden und Vorsitzenden des Ortsverbandes Sudenburg/Friedenshöhe, Michael Hoffmann, geleitet wurde, stellten sich mit Stefan Effenberger, Anne-Marie Keding und Stefanie Middendorf drei Bewerber/-innen zur Wahl. In der Stichwahl, im zweiten Wahlgang, setzte sich schließlich Anne-Marie Keding mit 24 zu 19 Stimmen gegen Stefanie Middendorf durch.

Die Volljuristin und jetzige Ministerin

für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt tritt zum ersten Mal als Direktkandidatin bei einer Landtagswahl an. Neben ihren langjährigen landespolitischen Erfahrungen hat sie unter anderem bereits als Stadträtin in der Landeshauptstadt gewirkt. „Ich danke für das ausgesprochene Vertrauen und freue mich auf einen engagierten Wahlkampf und die Chance, die Bürger und ihre Interessen im Landtag vertreten zu dürfen“, so Anne-Marie Keding.

Kai von Dombrowski



Foto: Kai von Dombrowski

Solarzellen über dem Magdeburger Ring?



Der Magdeburger Ring und eine Visualisierung einer mit Solarmodulen überdachten Auto-
bahn. Durchaus visionär, aber auch machbar? Foto: Manuel Rupsch / Visualisierung © labor3, Schweiz

Die Ratsfraktion CDU/FDP im Magdeburger Stadtrat brachte jüngst folgenden Antrag in den Stadtrat ein: „Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob eine Fläche auf dem Magdeburger Ring als Pilotprojekt mit Solarmodulen überdacht werden kann.“

Konzepte für ein klimafreundliches Magdeburg gibt es schon einige. Wir als Ratsfraktion möchten mit unserem Pilotprojekt ein Zeichen für den Klimaschutz setzen.

Dieses Energiewende-Projekt ist nicht mehr ganz neu, sondern wird schon in der Schweiz und in Österreich angestrebt.

Der Magdeburger Ring ist eine sogenannte Stadtautobahn von ca. 14 km Länge. Auf der gesamten Strecke gilt im Stadtgebiet ein Tempolimit von 80 km/h. Täglich passieren den Magdeburger Ring ungefähr 70.000 Fahrzeuge, es gibt 15 Auf- und Abfahrten und er ist nachts komplett mit LED-Technik beleuchtet.

Die Breite des Magdeburger Ringes wäre für ein Solardach besonders attraktiv, denn für die Installation von Photovoltaikmodulen wird viel Fläche benötigt. Auf dem Weg zur Energiewende wäre die Installation solch eines Pilotprojektes von großer Bedeutung. Die Überdachung soll insbesondere der Energiegewinnung dienen. Die Erhöhung der Dauerhaftigkeit und Erhaltung der Oberflächeneigenschaften der Fahrbahn durch Schutz vor Überhitzung und Niederschlägen sowie zusätzlicher Lärmschutz wären von weiterem Vorteil. Die Landeshauptstadt

Magdeburg könnte zum Beispiel beim Winterdienst Kosten sparen und im Sommer würde der Straßenbelag nicht mehr so stark beansprucht werden.

Diese Anforderungen sollen in Bezug auf technische Machbarkeit und ökonomische Umsetzbarkeit geprüft werden. Vor allem sollen dazu die Bundesministerien für Bildung und Forschung und für Verkehr und digitale Infrastruktur mit einbezogen werden.

Wenn man zum Beispiel auf einer Länge von ca. 3,3 km ein Solar-Dach installiert, würden im Jahr ungefähr 40 Gigawattstunden gewonnen werden. Aktuell setzen die Städtischen Werke Magdeburg für einen Vier-Personen-Haushalt etwa 4000 Kilowattstunden im Jahresverlauf an. Mit der Menge von 40 Gigawattstunden könnten dann ca. 10.000 Vier-Personen-Haushalte ein Jahr lang versorgt werden.

Prof. Dr. Martin Wolter (Otto-von-Guericke-Universität, Institut Elektrische Energiesysteme) und Prof. Dr. Bernhard Steinauer (emeritierter Professor Verkehrswesen RWTH Aachen University) haben beide in einem Interview unseren Vorschlag befürwortet.

Wir brauchen in Deutschland weitere alternativen Formen der Energiegewinnung. Eine entsprechende Doppelnutzung der Stadtautobahn und die Installation von Solarmodulen wären definitiv keine Verschandelung des Stadtbildes. Wir sollten in Sachen Energiewende weiter vorangehen und auch mal ein Achtungszeichen setzen.

Ratsfraktion CDU/FDP

Termine

29.10.2020, 18:00 Uhr

OV Olvenstedt, Treffen mit dem Landesvorsitzenden
Holger Stahlknecht,
Döppler Mühle

21.11.2020

CDU-Landesvertreterversammlung
Aufstellung für die Landeslisten
Landtags- und Bundestagswahlen,
Golf-Park Dessau

04.12.2020

CDU-Bundesparteitag

20.03.2021

Programm-Parteitag der
CDU Sachsen-Anhalt

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband

39104 Magdeburg, Fürstenwallstr. 17

Tel. 0391 2549812

E-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:

Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.)

Tobias Krull, Rainer Kuhn, Manuel Rupsch

Layout/Satz: Birgit Uebe,

Medien- und Fotodesign

Druck: Max Schlutius Magdeburg

GmbH & Co. KG, max-schlutius.de

Auflage: 1.500 Exemplare

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel

spiegeln nicht grundsätzlich die

Meinung der Redaktion wider.

Verschärfung der EU-Klimaziele gefährdet Arbeitsplätze



Zum ersten Mal seit ihrem Amtsantritt hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen im Europaparlament Mitte September die traditionelle Rede zur Lage der Europäischen Union gehalten. Ob die Bekämpfung der Coronapandemie und des Klimawandels, Digitalisierung, Gesundheit oder Migration – von der Leyen kündigte zahlreiche Initiativen an und forderte die EU-Staaten dazu auf, neue Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Der Wiederaufbaufonds Next-GenerationEU soll für die Finanzierung di-

verser Projekte herangezogen werden. Das sind viele wichtige Punkte, in denen ich der Kommissionschefin voll und ganz zustimme.

Aber auch eine Verschärfung der Klimaziele hat sie angekündigt. Die Treibhausgase sollen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu den Werten von 1990 reduziert werden. Bisher lag das Ziel für 2030 bei 40 Prozent Reduktion. Die erneute Erhöhung wirkt willkürlich und ohne konkrete Ideen zur Umsetzung. Eine unabhängige, detaillierte Folgenabschätzung, die auch die ne-

gativen Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wirtschaft berücksichtigt, ist deshalb zwingend notwendig.

Die Europäische Union sollte lieber versuchen, die ohnehin ambitionierten Ziele umzusetzen, anstatt sie aus dem Affekt zu erhöhen. Vor allem die ostdeutschen Bundesländer haben in den vergangenen Jahrzehnten mehr für das Klima getan, als andere Regionen in Deutschland und Europa. Durch eine erneute Erhöhung der Klimaziele Arbeitsplätze in der Industrie zu riskieren, ist für uns Sachsen-Anhalter ein Schritt in die falsche Richtung.

Wir befinden uns durch Corona in einer der schlimmsten Krisen seit langem. Genau zu diesem Zeitpunkt die Industrie durch immer höhere Zwischenziele vor enorme Herausforderungen zu stellen, ist nicht der richtige Weg. Das übergeordnete Ziel des European Green Deals ist es, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Dieses Ziel zu erreichen, muss mit der Sicherung der Arbeitsplätze einhergehen, anstatt sie zu gefährden. Nur so kann Deutschland als Wirtschaftsstandort stark bleiben und der europäische Weg zur Klimaneutralität echten Vorbildcharakter auf globaler Bühne haben. Wenn das politische Pokerspiel um immer schärfere Emissionsziele auf Kosten unserer Wirtschaft geht, dann werden weder die USA noch China uns im Kampf gegen den Klimawandel folgen.

Sven Schulze MdEP

Bildungsminister zu Gast im Werner-von-Siemens-Gymnasium

Zum Start in das neue Schuljahr besuchte der Bildungsminister des Landes Marco Tullner MdL das Werner-von-Siemens-Gymnasium Magdeburg. Dort begrüßte er die rund 90 Schülerinnen und Schüler, die jetzt in der Klassenstufe fünf anfangen. Nach der Begrüßung durch den Schuldirektor Frank Skroblien sprach auch die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport der Landeshauptstadt Regina-Dolores Stieler-Hinz ein kurzes Grußwort. Bei seiner Ansprache machte Marco Tullner deutlich, vor welchen Herausforderungen die Schule steht. Das gilt nicht nur für das Thema Digitalisierung, sondern auch ausdrücklich für die Frage wie genügend qualifizierte Lehrkräfte an die Schulen geholt werden können. Bei allen Bemühungen sind hier noch nicht die selbstgesteckten Ziele der Koalition bezüglich der Unterrichtsversorgung erreicht.

Tobias Krull





Dr. Reiner Haseloff

Archivfoto

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff tritt als Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl am 6. Juni 2021

Haseloff steht als Spitzenkandidat bereit

an. Der CDU-Landesvorsitzende Holger Stahlknecht begrüßt die Entscheidung und setzt mit Haseloff gemeinsam in der Führung auf personelle Kontinuität. „Wer das Land seit fast zehn Jahren souverän führt, hat das Vertrauen der Partei und der Menschen in Sachsen-Anhalt inne“, sagte Stahlknecht.

Er und Sven Schulze dankten Haseloff für diese Entscheidung. Dr. Haseloff sei nicht nur der Garant für eine erfolgreiche Regierungsarbeit, er habe auch als umsichtiger Krisenmanager in den schweren Monaten der Corona-Pandemie sehr großes Vertrauen der Bevölkerung in unserem Bundesland erhalten.

„Wir sind froh, eine so erfahrene und durchsetzungsstarke Persönlichkeit wie Dr. Reiner Haseloff an unserer Spitze zu wissen und werden ihn nach allen Kräften unterstützen“, erklärten Stahlknecht und

Schulze unisono. Beide kündigten an, sich auf dem geplanten Landesparteitag am 30. Januar 2021 als Landesvorsitzender und als Generalsekretär wieder zur Wahl zu stellen. Dr. Reiner Haseloff begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich und dankte den beiden und der Partei für die bisherige Unterstützung.

Gemäß Zeitplan wird der CDU-Landesvorstand auf der geplanten Klausurtagung mit den CDU-Kreisvorsitzenden am 7. November 2020 den Spitzenkandidaten nominieren und damit eine personelle Empfehlung abgeben, wer die CDU Sachsen-Anhalt im Landtagswahlkampf anführen soll.

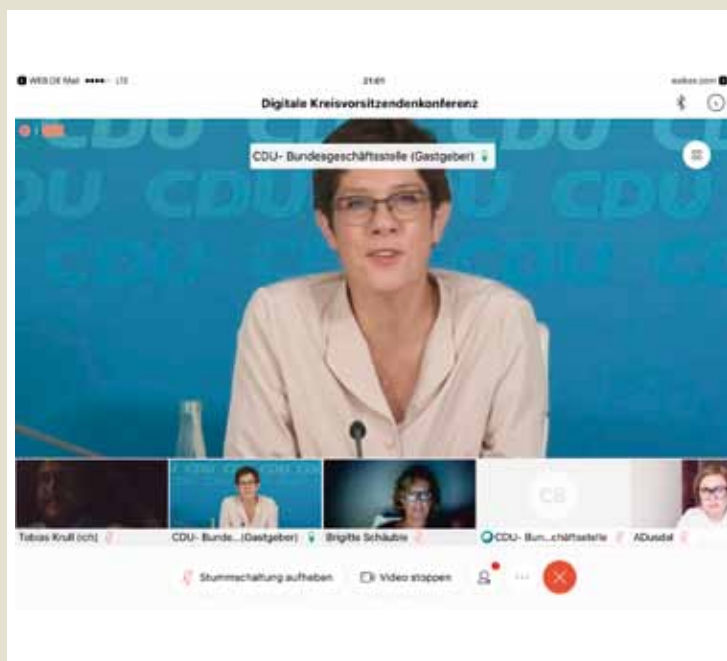
Die Wahl des CDU-Spitzenkandidaten erfolgt auf einer Landesvertreterversammlung der CDU Sachsen-Anhalt am 21.11.2020 in Dessau-Roßlau.

Redaktion

Digitale Kreisvorsitzendenkonferenz

Am 15. September fand erneut eine digitale Kreisvorsitzendenkonferenz der CDU Deutschlands statt. Neben der CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer stand auch der Generalsekretär Paul Ziemiak für Fragen zur Verfügung. Wichtigster Punkt war sicher die Vorbereitung des für Dezember geplanten Bundesparteitags in Stuttgart. Auf Grund der aktuellen Lage wird dieser nicht wie gewohnt über drei Tage stattfinden, sondern nur am Freitag, den 4. Dezember. Auch die geplante Tagesordnung wurde auf das absolut Notwendige reduziert. Neben einigen Formalien wird der wesentliche Tagesordnungspunkt die Neuwahl des Bundesvorstandes, inkl. Vorsitz, sowie weiterer Gremien sein. Sowohl die Debatte und die Beschlussfassung zum neuen Grundsatzprogramm als auch zu den Ergebnissen der Struktur- und Satzungskommission, werden beim Bundesparteitag im nächsten Jahr stattfinden. Es wird praktisch keine Gäste und keine Presse im Sitzungssaal geben. Sicher für alle Beteiligten eine ungewohnte Situation, aber die Klärung der Frage, wer die CDU zukünftig führen soll, muss noch in diesem Jahr erfolgen.

Tobias Krull



Zum Elbebadetag ins frische Nass

Schon seit 2002 findet in Magdeburg jährlich der Elbebadetag statt. Nur an diesem Tag ist das Baden in der Elbe, im Stadtgebiet Magdeburg, erlaubt. Nicht, weil die Wasserqualität zu schlecht wäre, wie zu Zeiten vor der friedlichen Revolution, es geht darum, dass strömende Gewässer für geübte wie ungeübte Schwimmerinnen und Schwimmer häufig unkalkulierbare Risiken haben und gefährlich sind. Mehrere hundert Besucherinnen und Besucher fanden sich bei dem Bürgerfest in der Nähe des Cracauer Wasserfalls am 12. Juli ein. Die Zahl derjenigen, die sich dann schlussendlich ins Wasser trauten, war deutlich geringer. Darunter die Sozialbeigeordnete Simone Borris und der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull MdL. Mit vor Ort war auch der Stadtrat und Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Ostelbien Manuel Rupsch. Mit dem Elbebadetag sollen die Menschen für die Bedeutung einer sauberen Elbe sensibilisiert werden. Auch als CDU setzen wir uns dafür ein. Bei der Nutzung der Elbe muss es eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Naturschutz, ihrer Rolle als Wasserstraße und dem notwendigen Hochwasserschutz geben. Redaktion



DigitalPakt Schule ebnet Weg in neues Zeitalter



Auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern stehen dem Land Sachsen-Anhalt zur Verbesserung der digitalen Bildungsinfrastruktur an Schulen insgesamt 137.582.000 Euro zur Verfügung. Mit Hilfe der Fördermittel können insbesondere Anzeige- und Interaktionsgeräte, digitale Arbeitsgeräte, schulgebundene Laptops, Notebooks und Tablets als mobile

Endgeräte angeschafft, aber auch digitale Lehr-Lern-Infrastrukturen wie Lern- und Kommunikationsplattformen, Portale usw. geschaffen werden.

Bildungsminister Marco Tullner überreichte am 23. Juli die Zuwendungsbescheide für das Geschwister-Scholl-Gymnasium, die Integrierte Gesamtschule „Willy Brandt“, die Gemeinschaftsschule „August Wilhelm Francke“ sowie die Grundschule

Nordwest an den Bürgermeister und Finanzbeigeordneten Klaus Zimmermann sowie Vertreter/innen der Schulleitungen.

„Damit“, so Tullner, „sind wir in der wichtigsten Phase der Umsetzung des DigitalPaktes angekommen. Die Förderung erfolgt konzeptbezogen. Wir legen großen Wert auf eine Verzahnung von Kompetenzen, Konzept und technischer Infrastruktur. So ist die Qualifizierung der Lehrkräfte ein wichtiger Bestandteil, wie natürlich auch die Umsetzung eines pädagogischen Konzeptes an den Schulen. Ich bin sehr froh, dass der DigitalPakt nun in unseren Schulen Vorhaben verwirklichen lässt, die einem Unterricht im digitalen Zeitalter gerecht werden.“

„Die Corona-Pandemie hat eindringlich gezeigt, dass digitale Bildungsformen und Lernangebote von essentieller Bedeutung sind. Dafür müssen unsere Schulen jedoch mit der nötigen Infrastruktur und Geräten ausgestattet sein. Die Zuwendungen aus dem DigitalPakt von Bund und Ländern sind daher ein wichtiger Schritt in die Richtung der digitalen Zukunft unserer Schulen“, sagte Klaus Zimmermann, Bürgermeister und Finanzbeigeordneter der Landeshauptstadt Magdeburg.

*Pressemitteilung des Bildungsministerium
des Landes Sachsen-Anhalt*

Hinhör-Tour mit Holger Stahlknecht

Am 24. August besuchte der CDU-Landesvorsitzende Holger Stahlknecht MdL im Rahmen seiner Hinhör-Tour „Unterwegs mit Holger Stahlknecht – Wie geht’s Sachsen-Anhalt nach dem Lock-Down?“, Magdeburg. Im Rahmen dieser Tour informierte er sich über die Auswirkungen der aktuellen Situation auf die unterschiedlichsten Bereiche. Das Besuchsprogramm startete beim Medizinprodukte-Hersteller HASOMED. Neben der Frage, welche Auswirkungen die aktuelle Lage auf den täglichen Geschäftsbetrieb hatte, sprach der geschäftsführende

Gesellschafter Matthias Weber auch über die Zukunftspläne des Unternehmens. Und auch im neuen Firmensitz des Unternehmens, welcher sich gerade im Bau befindet, konnte man einen Eindruck von der positiven Entwicklung der HASOMED gewinnen.

Weiter ging es zum Jugend- und Sozialzentrum „Mutter Teresa“. Wie ging eine solche Einrichtung mit der verordneten Schließung um und welche Probleme gab es in der sozialen Arbeit mit Familien in deren privaten Umfeld, waren zwei der diskutierten Fragen.

Den Aspekt des Sports konnten wir bei der SCM Abteilung Rudern erleben. Bei dieser Station gab es dann für Holger Stahlknecht und mich selbst die Gelegenheit, eine kleine Ruderrunde einzulegen.

Den Abschluss bildete die Sitzung des CDU-Ortsverbandes Mitte. Die Besuchstour wurde unter anderem durch den Europaabgeordneten und Generalsekretär Sven Schulze, den Bundestagsabgeordneten Tino Sorge und dem Mitgliederbeauftragten der CDU Sachsen-Anhalt Mario Karschunke begleitet.

Tobias Krull





Siegfried Borgwardt, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Archivfoto

Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich während ihrer Sommerklausur zu aktuellen politischen Themen verständigt.

Einen Schwerpunkt der Beratungen während der Klausur der CDU-Landtagsfraktion nahmen die Folgen der Corona-Pandemie ein. Wir unterstützen die Maßnahmen und begrüßen die Überlegungen der Landesregierung, im Rahmen der gültigen Corona-Hygienemaßnahmen weitere Lockerungen zu ermöglichen. Dies führt zu einer teilweisen Normalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in unserem Land. Im Zuge der Pandemie haben wir einen Nachtragshaushalt von 500 Millionen Euro verabschiedet, von dem bisher etwa 455 Millionen Euro verplant sind. Abgeflossen sind bisher knapp 170 Millionen Euro. Aus Sicht der CDU-Fraktion bedarf es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keines zweiten Nachtragshaushaltes. Gemeinden und Landkreise werden über Landes- und Bundesprogramme unterstützt. Beispiele dafür sind die vorgezogene FAG-Rate, zusätzliche 100 Millionen Euro für die Kosten der Unterkunft (KDU) und der Ausgleich der Mindereinnahmen beim ÖPNV von bis zu 55 Millionen Euro. Das Gewerbesteuerenausgleichsgesetz zur Unterstützung der Kommunen soll im September in den Landtag eingebracht werden. Der CDU-Fraktion ist klar, dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch nicht in Gänze abzuschätzen sind. Allerdings wird ein zukünftig ausgeglichener Landeshaushalt nur durch strukturelle Änderungen erreicht werden.

1. Wirtschaft und Tourismus

Um die Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft und den Tourismus zu mildern, hat sich die CDU-Fraktion u. a. auf folgende Eckpunkte verständigt:

- Die CDU-Fraktion wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Vorfristigkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den Stand vor 2005 zurückgeführt wird.

Fraktion legt Schwerpunkte der politischen Arbeit der kommenden Monate fest

- Werbung für ein kommunales Investitionsprogramm auf Bundesebene
- Drastischer Abbau von Bürokratie (E-Akte, Digitalisierung von Fachverfahren, Abschaffung des Landesvergabegesetzes)
- Werbung für ein Programm zur Revitalisierung der Innenstädte und des Einzelhandels auf Landes- und Bundesebene
- Werbung auf Bundesebene für die Verlängerung der Nothilfen für die Tourismusbranche (Zuschüsse, Darlehen)
- Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes auf Bundesebene
- Ausweitung des Digitalisierungsprogramms 'Sachsen-Anhalt Digital' auf den Tourismus
- Schaffung eines 'Kompetenzzentrums Tourismus'

2. Monitoring für das Klima- und Energiekonzept

Während der Klausurtagung beschäftigte sich die CDU-Fraktion mit der Vergabe von Leistungen zur Erstellung eines 'Monitorings für das Klima- und Energiekonzept des Landes Sachsen-Anhalt' durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie. Nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion wirft die Auftragsvergabe zur Erstellung eines Monitorings erhebliche Fragen auf. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie hat offensichtlich einen Auftrag vergeben, ohne den zuständigen Finanzausschuss des Landtages zu beteiligen. Die Diskussion um Beraterverträge ist nicht neu. In einem Untersuchungsausschuss werden Vergabeverstöße durch Ministerien derzeit untersucht, erhebliche Mängel wurden bereits festgestellt. Auch vor diesem Hintergrund ist es höchst bedenklich, wenn das Ministerium einen Auftrag in Höhe von 383.556,50 Euro auslöst, ohne den Landtag, entsprechend dem vorgeschriebenen Weg, einzubinden. Dieses Vorgehen widerspricht dem Landtagsbeschluss von 2016 zur Transparenz von Beraterverträgen sowie dem Haushaltsführungserlass. Staatssekretär Klaus Rehda hatte im Finanzausschuss die Chance, die Widersprüche zwischen der Rechtsauffassung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, des Landtages sowie des Landesrechnungshofes aufzuklären. Er hat diese Chance leider vertan. Sein Auftritt hat nichts zur Aufklärung beigetragen. Die CDU-Fraktion erwartet eine lückenlose Aufklärung durch das Ministerium. Wir erwarten, dass Abgeordnete ernst genommen werden und aus diesem Fehlverhalten innerhalb des Ministeriums Konsequenzen gezogen werden.

3. Gesundheitsversorgung

Im Zuge der aktuellen Diskussionen zur Krankenhauslandschaft spricht sich die CDU-Fraktion für einen Zukunftsplan aus, der sich bei der Krankenhausplanung an den Prämissen Erreichbarkeit, Bedarfsorientierung und Qualität ausrichtet. Um diesen Masterplan 2035 aufzustellen, fordert die CDU ein Gutachten, das als Analyse für die angemessene Standortplanung dienen soll. Dazu wurde ein erster Entwurf eines Positionspapiers zur Krankenhausversorgung vorgestellt.

4. Straßenausbaubeiträge

Das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird kurzfristig in den Landtag eingebracht. Ab dem Stichtag 01.01.2020 werden diese in Sachsen-Anhalt abgeschafft. Die versprochene Entlastung der Bürger erfolgt ohne eine Steuererhöhung zur Gegenfinanzierung. Das war uns als CDU-Landtagsfraktion wichtig.

5. Landesweingut

Die CDU-Fraktion hat sich über das Landesweingut Kloster Pforta, das von der Arbeitsgruppen Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Finanzen besucht worden ist, ausgetauscht. Das Landesweingut soll saniert und die Produktion am jetzigen Standort erhalten bleiben. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, entsprechend dem Koalitionsvertrag Lösungen zu entwickeln und den Koalitionsfraktionen vorzulegen.

6. Gleichstellungsgesetz

Bereits seit der letzten Wahlperiode fordert die CDU-Fraktion, das bestehende veraltete Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz für Frauen und Männer weiterzuentwickeln. Die Forderung nach einer Weiterentwicklung wurde deshalb durch die CDU in den Koalitionsvertrag eingebracht. Ziel des Gleichstellungsgesetzes muss es insbesondere sein, in den Verwaltungen und Institutionen des Landes wie Stiftungen, Anstalten etc., den Anteil von Frauen und Männern zu erhöhen, soweit sie in einzelnen Bereichen unterrepräsentiert sind. Durch das Gesetz sollen gleiche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter sowie der Ausgleich von Nachteilen, die als Folge einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entstehen, geschaffen werden. Für diese Position wird die CDU-Fraktion weiter eintreten und einen zeitgemäßen Gesetzesentwurf mit den Koalitionspartnern verhandeln.

CDU-Landtagsfraktion

Zukünftige Pflegefachfrauen und -männer im Rathaus begrüßt

Am 27. August war es soweit: 29 angehende Pflegefachfrauen und -männer wurden zum Start in ihre Berufsausbildung ins Alte Rathaus eingeladen. Sie gehören zu den ersten, die beim Institut für Weiterbildung bei der Kranken- & Altenpflege gemeinnützige GmbH ihre generalisierte Pflegeausbildung absolvieren. Eingeladen waren auch die Kooperationspartner, in

denen die praktische Ausbildung absolviert wird.

Die Begrüßung erfolgte durch die Institutsleiterin Anke Sterdt vom IWK Magdeburg. Danach hielten Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Krull Grußworte. Zum Abschluss der Wortbeiträge wendete sich noch die Geschäftsführerin

des IWK Jeannette Eckert-Ulrich an die Anwesenden. Alle Auszubildenden bekamen eine kleine Schultüte, bevor noch das obligatorische Gruppenfoto geschossen wurde. Tobias Krull versicherte den Pflegefachkräften, dass sie sehr positive Berufsaussichten haben und gesuchte Fachkräfte sein werden.

Redaktion



Gedenken an den militärischen Widerstand

Am 20. Juli wurde aus Anlass des 76. Jahrestages des gescheiterten militärischen Widerstandes vom 20. Juli 1944 stellvertretend an den gebürtigen Magdeburger und einen der führenden Köpfe des Widerstandes, Henning von Tresckow, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung erinnert. Wegen der aktuellen Lage fand diese nur im kleinen Rahmen statt. Grußworte hielten der stellv. Kommandeur des Landeskommandos, Oberstleutnant Uwe Ried und Bürgermeister Klaus Zimmermann. An der Kranzniederlegung nahmen die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch, die Staatssekretärin Anne Pogemann, der Vorsitzende der Naumann-Stiftung Prof. Dr. Dr. Karl-Heinz Paqué, der Landesvorsitzende des Volksbundes Dt. Kriegsgräberfürsorge Dieter Steinecke sowie Tobias Krull MdL teil.



Aus Erinnerung erwächst Verantwortung Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe



Aus Anlass der 75. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki fand am 9. August in Magdeburg am Denkmal für die Opfer dieser Bombenangriffe eine Gedenkveranstaltung statt. Gedenkworte sprachen der Magdeburger Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper und der evangelische Landesbischof Friedrich Kramer. Aus Erinnerung erwächst Verantwortung. Unter den zahlreichen Anwesenden war auch Landtagspräsident a.D. Dieter Steinecke und der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull MdL. *Redaktion*

Hintergrundinformationen

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 waren die bislang einzigen Einsätze von Atomwaffen in einem Krieg.

Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt ca. 100.000 Menschen sofort –

fast ausschließlich Zivilisten und von der japanischen Armee verschleppte Zwangsarbeiter. An Folgeschäden starben bis Ende 1945 weitere 130.000 Menschen. In den nächsten Jahren kamen weitere hinzu.

Sechs Tage nach dem zweiten Bombenabwurf gab Kaiser Hirohito mit der Rede vom 15. August die Beendigung des „Groß-asiatischen Krieges“ bekannt. Mit der Kapitulation Japans endete am 2. September der Zweite Weltkrieg auch in Asien, nachdem er in Europa mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht bereits seit dem 8. Mai 1945 vorüber war ...

Das Gedenken an die Opfer spielt in Japan eine große Rolle in der nationalen Kultur und im nationalen Selbstverständnis. Weltweit wurden Hiroshima und Nagasaki zu Symbolen für die Schrecken des Krieges und vor allem eines möglichen Atomkrieges zu Zeiten des Kalten Krieges.

Quelle: Wikipedia



Der Landesvorsitzende Holger Stahlknecht überreichte am 30. Juni dem Ehepaar Prof. Monika und Wilfried Köhler für 40 Jahre CDU-Mitgliedschaft Jubiläumsurkunden, die von der Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, dem Landesvorsitzenden Holger Stahlknecht und dem Kreisvorsitzenden Tobias Krull unterschrieben wurden.

Der Kreisverband bedankte sich für die jahrelange Treue und besonders für die aktive Unterstützung der Kreisverbandsarbeit mit einem Blumenstrauß und einer Jubiläumsmedaille anlässlich der 500jährigen Domfertigung. Seit über 20 Jahren leitet Wilfried Köhler das Redaktionsteam des Elbkuriers und überzeugt mit seiner sachlichen und zuverlässigen Art. Aktuelle und abwechslungsreiche Themen liegen ihm am Herzen und besonders freut er sich, wenn die Parteil Basis zur Berichterstattung beiträgt.

Monika Köhler ist bekannt als Professorin für Gesang an den Universitäten in Magdeburg und Halle. Ihr künstlerisches Wirken und ihre offene und zugängliche Art sind Multiplikatoren für unsere CDU-Politik. Bemerkenswert ist, dass auch Christian Köhler, der älteste Sohn, in diesem Jahr mit einer 25-jährigen CDU-Mitgliedschaft aufwarten kann.

Doris Memmler



60. Geburtstag Wigbert Schwenke

Der Vorsitzende der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg Wigbert Schwenke konnte am 22. Juli 2020 seinen 60sten Geburtstag feiern. Er ist nicht nur ein begeisterter Familienmensch und Großvater, sondern auch vielfältig ehrenamtlich engagiert. Und das nicht nur in seinem Heimatstadtteil Ottersleben, sondern zum Beispiel auch als Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Sachsen-Anhalt. Zu den Gratulanten an diesem Tag gehörten unter anderem der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull MdL, die Ministerin und stellv. CDU-Kreisvorsitzende Anne-Marie Keding, Bürgermeister Klaus Zimmermann, der Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen-Anhalt sowie verschiedene Mitglieder und Beschäftigte der CDU/FDP-Ratsfraktion.

Foto: Michael Otto

Umweltschutz sachlich – Umweltschutz kommunal gedacht

Der erhebliche Rückgang sowohl der Arten als auch der Populationen in den letzten Jahrzehnten ist besorgniserregend. Bis vor 15 Jahren zählte Magdeburg deutschlandweit zu den grünsten und somit auch natur- und artenreichsten Großstädten. Der massive Rückgang an Bäumen in der Stadt durch Stürme, Trockenheit und Käferbefall ist deutlich im Stadtbild zu erkennen. Unter diesem Gedanken hat die CDU-Stadtratsfraktion schon im Jahr 2018 einen Antrag (A 0046/18) in das Stadtparlament eingebracht und eine vollständige parteiübergreifende Zustimmung erfahren. Gefordert wurde, lange bevor süddeutsche Bundesländer nur mit Blick auf sympathische Bienen aktiv wurden:

- Eine kommunale Informationsvorlage zu erstellen, in der die Aktivitäten und Möglichkeiten zum Erhalt der Biodiversität dargestellt werden
- Über den Zusammenschluss von im Naturschutz engagierten Kommunen im Verein „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ zu berichten sowie sich am Aktionsprogramm der Bunderegierung zum Insektenschutz zu beteiligen
- In einem Dachprojekt zum Insektenschutz die Hochschule Anhalt, die Landesanstalt für Umweltschutz und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig einzubinden
- Über den Stadtgartenbetrieb ein Insektenpopulation förderndes Pflegeprogramm einzuführen
- Jährlich über den Fortschritt dieser und anderer Maßnahmen zur Förderung der Insektenpopulation zu berichten
- Diese Problematik einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Bevölkerung unserer Landeshauptstadt aktiv

mit einzubeziehen.

Die Inhalte des Antrages sind derart vielschichtig und wissenschaftlich abgestimmt, dass sie oft selbsterklärend sind. Dabei kann bspw. Insektenschutz in der Kommunalpolitik nicht für sich isoliert betrachtet werden, denn die Gesamtheit der Lebensräume in der aktuellen und zukünftigen Stadtplanung stehen in einer wech-

ausgeschriebener Posten ist seit geraumer Zeit unbesetzt.

Zusätzlich entsteht der Eindruck, dass insbesondere die Aktion „Mein Baum für Magdeburg“ von der Verwaltung stiefmütterlich behandelt wird. Der Zeitraum zwischen der Beantragung und der tatsächlichen Pflanzung ist, wenn auch witterungsabhängig, häufig zu lang. Hier sind organisatorische Verbesserungen notwendig und die personelle Ausstattung der zuständigen Abteilung muss eine zügige Bearbeitung der gestellten Anträge gewährleisten. Die anschließende Pflege – gerade in Trockenperioden – muss jedoch genauso gesichert sein, damit die Aktion langfristig erfolgreich wird.

Zwar ist in der letzten Zeit einiges geschehen, wie z.B. das Anlegen einzelner kleiner Bienenweiden oder das insektenfreundliche Mähen der Wiesen, jedoch ist dies im Sinne der bereits genannten einstimmig beschlossenen Anträge im Stadtrat nicht ausreichend und es steht die Frage im

Raum, weshalb diese nicht in ihrem vollen Umfang umgesetzt worden sind.

Um möglichst viele Magdeburger und Magdeburgerinnen für ein blühendes und tierfreundliches Magdeburg zu begeistern, plant der CDU-Kreisfachausschuss „Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr“ eine Zusammenarbeit mit Imkern und den Magdeburger Gartenvereinen. Erste Gespräche seitens der CDU fanden bereits statt.

Magdeburg war einst ein „grüner“ Vorreiter in der Bundesrepublik und muss es auch wieder werden.



Foto: Doris Memmler

seitsseitigen Beziehung zueinander.

Eine besondere Bedeutung kommt der Gestaltung von Wiesen und Kleingärten im Stadtbereich, dem massiven Rückgang von Bäumen in der Stadt u.a. durch Witterungsunbilden und dem Befall mit dem Asiatischen Laubholzbockkäfer (ALB) zu. Eine erhebliche Anzahl von Bäumen und anderem innerstädtischen Grün ist den verschiedensten Baumaßnahmen zum Opfer gefallen. Die veranlassten Nachpflanzungen können diese Defizite bisher nicht vollständig ausgleichen. Hier fehlt es vor allem im Bereich privater Bauprojekte an nachträglichen städtischen Kontrollen auferlegter Pflanzungen und deren Pflege. Ein hierfür durch die Stadtverwaltung